

gegeben. Danach haben die elektropathologischen Studien zwei Ergebnisse geliefert: Zunächst, daß die allermeisten Unfälle sich hätten vermeiden lassen, und zweitens, daß viele der Verunglückten nur deshalb ein Raub des Todes wurden, weil die erste Hilfe zu spät und in schlechter Weise geleistet wurde. Insbesondere ist es die mangelhafte Ausführung der künstlichen Atmung, durch die viel Unheil angerichtet wird. Für die elektrische Unfallpraxis erscheint es unerlässlich, daß die künstliche Atmung durch Sanftanwendung von den Arbeitern praktisch erlernt wird. Der Tod durch Elektrifizität ist in den meisten Fällen zunächst ein Scheintod. Dafür sprechen nicht nur viele Beobachtungen in der Unfallpraxis, sondern auch die Erfahrungen bei den amerikanischen Hinrichtungen durch Elektrizität und die Ergebnisse der Tierversuche. Wenn man die Scheintoten in Erstlingsgefahr minutenlang ohne künstliche Atmung liegen läßt, dann ist die Verfallfrist an den Tod eingetreten. Die beste Versorgungsmaßnahme gegen Krantheiten infolge Elektrifizität ist neben den bewährten Sicherungsmaßnahmen der Elektrotechnik ein guter auf vollkommen neuer Basis organisierter Rettungsdienst, der sich mit praktischen Unterweisungen, die Elektroarbeiter und auch die übrigen Arbeiter glauben nicht an die Gefahr bei niedrigen Stromspannungen von einigen Hundert Volt, und doch nahen schon oft die Verhütung einer nur hundertwolligen Anlage einen tödlichen Verlauf. Auch das große Publikum ist umfänglich über die Entschuldigsmöglichkeiten eines elektrischen Unfalles sehr zu unterrichten. In Wien ist ein solcher Unterricht mit Lichtbildern und Kinematogrammen in den städtischen Elektrizitätswerken und im Technologischen Gewerbemuseum eingeführt. Eine besondere Anziehung für diese Schüler bieten bei diesen Demonstrationen die Gegenstände des Elektropathologischen Museums des Wiener gerichtlich-medizinischen Instituts.

Das Zentralkomitee für Rettungsarbeiten in Vereinen hat auf Veranlassung des Ministers für Handel und Gewerbe 1915 einen Untersuchungsbericht, um auch die Frage der Wiederbelebung Verunglückter zu behandeln. Ein weiteres Unternehmen zur Aufklärung über die elektrischen Gefahren ist von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Berlin durchgeführt worden, die ebenfalls ein Gymnasium geschaffen und 1914 eröffnet hat. Dieses Museum sei allen Techniken, Gewerkschaftsfunktionären und Arbeitern zur Verfügung empfohlen.

Auf dem Gebiete der Unfallverhütung haben der Verband Deutscher Elektrotechniker und die Berufsorganisation der Fernschaffner und Elektroschaffner wie in den früheren Jahren 1915 auch durch die 1915 neu herausgegebenen „Richtlinien für Errichtung und den Betrieb elektrischer Starkstromanlagen nach Ausführungsregeln“, mit der „Anleitung zur ersten Hilfeleistung“, eine großzügige Arbeit zum Wohlfühlen geleistet, die bis auf weiteres für alle Behörden, Berufsorganisationen, Elektrizitätsbetriebe und sonstigen Organisationen als maßgebend angesehen werden muß. G. Feintz.

Frauenarbeit im Baugewerbe.

Umfang und Art.

Wie viele Frauen sind zurzeit bei baugewerblichen Arbeiten beschäftigt? Um hierüber einen Überblick zu geben, veranlaßte der Verbandsvorstand im August dieses Jahres eine in allen Zweigvereinen vorzunehmende Sählung der bei Bauarbeiten tätigen Frauen. Gleichzeitig waren auch die Bauarbeiterinnen geprüften Söhne zu erfragen. Nachstehende Tabelle enthält nun das Ergebnis des ersten Teiles dieser Umfrage.

Bezirk	Zahl der Zweigvereine		Zahl der beschäftigten Frauen				
	Zahl der Zweigvereine	Präsidenten	in Baugewerbe	in anderen Gewerbe	in Handel und Dienstleistungen	in sonstigen Gewerbe	in Haushalten
Königsberg...	21	20	242	65	—	63	124
Bromberg...	35	35	12	277	13	18	97
Stettin...	58	58	11	461	4	126	321
Breslau...	55	53	27	1286	389	389	89
Berlin...	81	70	26	2624	247	751	204
Magdeburg...	89	89	14	938	35	816	39
Leipzig...	48	48	7	85	4	12	7
Frankfurt...	15	15	1	7	—	1	6
Cöln...	14	14	6	254	50	68	37
Dortmund...	17	17	8	1085	39	64	95
Hannover...	46	46	6	89	—	—	89
Bremen...	31	31	8	309	201	—	—
Darmstadt...	74	74	11	474	17	5	26
Hof...	63	63	2	14	6	3	5
Dresden...	16	16	7	568	64	29	95
Leipzig...	79	79	18	611	29	78	310
München...	25	25	2	5	3	2	—
Wien...	37	31	18	154	7	69	14
Stuttgart...	9	9	1	44	—	—	44
Karlsruhe...	16	16	3	24	—	—	—
Strasbourg...	11	11	—	—	—	—	—
Summa...	835	815	183	9441	1110	1950	5446

Der 835 Zweigvereine haben 815 berichtet, und in 183 dieser Vereine waren Frauen bei baugewerblichen Arbeiten tätig. In 689 Zweigvereinen gab es demnach keine Frauenarbeit. Es sind das hauptsächlich Vereine in kleineren Orten; aber auch eine Reihe großstädtischer Vereine wie Magdeburg, Gießen, Mainz, Wiesbaden, Nachen, Darmstadt, Barmen, Bremen, Karlsruhe, Kiel, Karlsruhe und Strasbourg hatten in ihrem

Bereiche keine auf Bauten beschäftigten Frauen; eine ziemlich große Zahl von Vereinen in Mitteldeutschland bezoglichen.

Insgesamt sind 9441 Frauen beschäftigt worden; davon arbeiteten 8995 oder vom Hundert 49,3 auf Hoch- und Tiefbau und 6446 oder vom Hundert 57,7 bei Erdarbeiten. Da 16 Vereine nicht berichtet und in einigen dieser Vereine Frauen Bauarbeiten verrichten, in den bestehenden Vereinen hier und da Frauen übersehen sein können, so wird die wirkliche Zahl der zurzeit im Baugewerbe beschäftigten Frauen noch etwas größer sein. Auf die einzelnen Bezirke ist die Frauenarbeit sehr ungleich verteilt. Im Bezirk Strasbourg gab es überhaupt keine Frauenarbeit. Sehr gering war sie in den Bezirken Nürnberg, Frankfurt a. M., Hof, Kassel, Karlsruhe. Etwas ausgebreiteter, aber doch noch verhältnismäßig selten war sie in den Bezirken Stuttgart, Hannover, Gießen. Auch im Bezirk München ist die Zahl der Bauarbeiterinnen nicht sehr groß. Am häufigsten waren sie in den Bezirken Berlin, Breslau, Dortmund, Magdeburg anzutreffen. Die übrigen Bezirke nehmen mehr eine Mittelstellung ein.

Bezirk	Durch die Umfrage ermittelte Frauen		Dem Bezirksverband angehörig		Dem Bezirksverband nicht angehörig		Insgesamt
	auf Hoch- und Tiefbau	bei Erdarbeiten	in den Orten, wo Frauenarbeit ermittelte wurde	in den Orten, wo Frauenarbeit nicht ermittelte wurde	in den Orten, wo Frauenarbeit ermittelte wurde	in den Orten, wo Frauenarbeit nicht ermittelte wurde	
Königsberg...	118	124	794	—	1107	—	
Bromberg...	127	150	417	—	518	—	
Stettin...	120	321	244	9	444	9	
Breslau...	827	459	865	6	939	6	
Magdeburg...	1262	1362	1675	17	1925	19	
Berlin...	888	550	689	—	1104	—	
Leipzig...	23	62	315	38	657	50	
Frankfurt...	1	6	43	65	191	145	
Cöln...	155	99	885	80	1098	84	
Dortmund...	198	887	519	198	677	212	
Hannover...	—	89	540	16	839	42	
Bremen...	201	108	99	14	1028	367	
Darmstadt...	47	427	1086	23	1740	37	
Hof...	—	—	129	21	278	38	
Dresden...	188	380	2986	63	3308	73	
Leipzig...	197	314	1683	127	2628	160	
München...	6	—	585	159	1097	234	
Wien...	90	64	1292	21	1505	189	
Stuttgart...	—	—	44	—	129	21	
Karlsruhe...	24	—	207	6	585	119	
Strasbourg...	—	—	—	—	65	5	
Summa...	3995	5446	15584	840	23988	1854	

Nicht augenfällig ergibt sich der Umfang der baugewerblichen Frauenarbeit aus vorstehendem Vergleich. 25 747 unsern Verbände am Schluß des zweiten Vierteljahres 1916 angehörenden Bauhilfsarbeitern, Trägern und Erdarbeitern stehen 9441 weibliche Bauarbeiter gegenüber. In den 183 Zweigvereinen mit baugewerblicher Frauenarbeit hatte unser Verband in diesen Berufen 16 424 Mitglieder. Auf den Hoch- und Tiefbau bildeten die Frauen etwa ein Sechstel der unsern Verbände angehörenden Bauhilfsarbeiter und Träger; in den Orten, wo es Frauenarbeit gab, betragen die Bauarbeiterinnen ungefähr ein Viertel unser Mitglieder in diesen Berufen. Umgekehrt waren die Erdarbeiterinnen bedeutend zahlreicher als die in unsern Verbänden als Erdarbeiter beschäftigten Mitglieder. Gegenüber 1854 Mitglieder, die unserer Verbände unter den Erdarbeitern zählte, fanden 5446 Erdarbeiterinnen, also ungefähr das Vierfache. In den Orten jedoch, wo Erdarbeiterinnen schafften, waren sie ihren männlichen Kollegen, soweit diese unsern Verbänden angehörten, zahlenmäßig um mehr als das Sechsfache überlegen. In den Bezirken lagen die Verhältnisse infolgedessen ähnlich, als die Frauen fast überall im Hoch- und Tiefbau die Minderzahl und bei Erdarbeiten die Mehrzahl bildeten. Nur ergeben sich, je nachdem die Frauenarbeit ausgebreiteter ist, andere Unterschiede. So stand die Zahl der Bauhilfsarbeiterinnen in den Bezirken Berlin und Breslau, wo sie am größten war, nicht sehr unter der Zahl unserer Mitglieder, während es in anderen Bezirken nur in verschwindenden Ausmaßen Bauhilfsarbeiterinnen gab. Dagegen befanden sich die Erdarbeiterinnen, von drei oder vier Bezirken abgesehen, überall in bedeutender Mehrzahl.

Somit die Berichte über die besondere Art der von Frauen verrichteten Bauarbeit entfallen, handelt es sich meistens um größere, mehr oder weniger unmittelbar miträumlichen Zwecken dienende Bauten. Da schafften Frauen mittels Schubkarren Kies heron, schachten Baugruben aus, planierten Baugelände usw. Als besondere Ereignisse werden angeführt, daß in einem Orte zwei Frauen bei hüttenmännischen Hilfsarbeiterdiensten verrichteten. In einem anderen Orte arbeiten zwei halberwachsene Mädchen als Hilfsarbeiterinnen in der Motorpartie ihres Vaters. Da die Arbeit außerhalb der Stadt liegt, sind die Mädchen täglich 15 Stunden unterwegs. In einem Falle, wo vier Frauen selbständig übernommene Zimmerarbeiten, als Putzarbeiten ausführen, zeigte sich, daß auch sogenannte geübte Bauarbeit der Frau nicht verschlossen ist. Was schließlich im „Grundstein“ veröffentlichten Berichtes wissen wir, daß den Frauen auf andere Zweige der baugewerblichen Hilfsarbeit nicht fremd geblieben sind, daß sie an Maschinenarbeiten bei Betonarbeiten, Materialaufgabe bedienen, mit schwerem Gezeug herumhantieren, ja selbst Traglasten über Leitern und Gerüste befördern. Die bei Erdarbeiten antretenden Frauen arbeiten nach den besonderen Angaben einiger Bezirke größtenteils auf Bahnbauten, wo sie Bahndämme aufschichten, Erde auf- und abladen, oftmals auch fertige Strecken mit instand halten.

Auch bei Chauffeur- und Begebauarbeiten Frauen, ferner in Kiesgruben und bei Ausschachtungsarbeiten verschiedener Art. So hat die Knappheit an männlichen Arbeitkräften bei Frauenarbeit in den verschiedenen Zweigen der baugewerblichen Hilfsarbeit, und ganz besonders bei den Erdbewegungsarbeiten, die Wege bereitet. Und es ist voraussichtlich noch mit einem weiteren Anwachsen zu rechnen. Haben doch einige Bezirke hervor, daß hier und da Unternehmer weibliche Arbeiterinnen suchen, aber noch keine finden konnten. In den Berichten der Arbeitsnachweise übersteigt die Zahl der Erdarbeiterinnen bei weitem das Angebot von Arbeitkräften. In manchen Orten sucht man sogar Erdarbeiterinnen.

Der Ausbau des Donauwasserweges

Der Beratungsgegenstand einer Konferenz, die am 12. September in Budapest stattfand. Nach einem Bericht der I.K. haben die Verhandlungen der Konferenz ergeben, daß der Schiffbarkeit der Donau von Sulina bis Wien beziehungsweise bis zu dem oberhalb Wiens befindlichen Stromschnellen-Abchnitt keine größeren Schwierigkeiten im Wege stehen, selbst wenn hierzulande die ungarischen Stromschnellen-Abchnitt beim Eisernen Tor in Rechnung zieht. Die wirklichen Schwierigkeiten der Schiffahrt umfassen die Stromschnelle von dem oberhalb Wiens befindlichen Stromschnellen-Abchnitt bis Regensburg beziehungsweise Wien; denn dort beträgt die geringste Schiffahrtswassertiefe in Österreich 1,25 und in Bayern 1,40 m. Diese geringe Tauchung vermag aber die Schiffahrt in keiner Weise zu beeinträchtigen, zumal da dieser geringste Wasserstand den größten Teil des Jahres hindurch anhält und die Tauchung von 2 m in Bayern noch nicht in der Hälfte der Schiffahrtstage vorhanden ist. Der der Konferenz unterbreitete allgemeine Bericht über die Schiffahrtverhältnisse der Donau von Ulm bis Sulina stellte daher fest, daß der Großschiffahrt auf der Donau von Sulina bis zum Beginne der österreichischen Stromschnellenstrecke schon derzeit kein Hindernis erwacht, daß aber von hier aus bis Ulm der auf 2 m tauchenden Schiffahrt noch ganz genaue technische und finanzielle Schwierigkeiten im Wege stehen. Wollte man es erreichen, daß die Donau mit dem Rhein und den übrigen deutschen Strömen durch eine konkurrenzfähige Wasserstraße verbunden werde, so müsse angeordnet werden, daß die Sicherung der 2 m tauchenden Schiffahrt vom Beginne der oberhalb Wiens gelegenen Stromschnellenstrecke der Donau bis Ulm dem Ausbau der in Rede stehenden, die Wasserstraße überdeckenden Kanäle vorangehe, oder wenigstens gleichzeitig mit diesem Ausbau vorzuzugreifen werde.

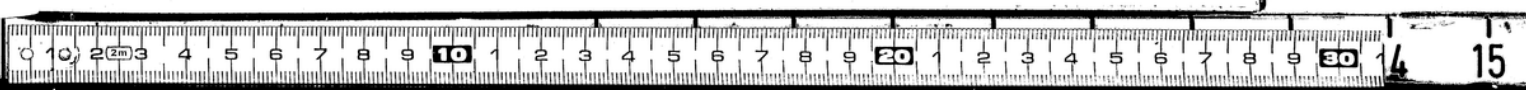
Während Bayern für die Donauregulierung bisher 25 Millionen Mark ausgegeben und Österreich für diesen Zweck 170 Millionen Kronen verwendet hat, wovon 130 Millionen für eigentliche Regulerungsarbeiten, der Rest für den Wiener Zuschuß und für Anlagen der Donau benutzt wurden, sind in Ungarn seit 1867 250 Millionen Kronen für die Regulerung der Donau ausgegeben worden. Auch sonst übertrug Ungarn, dessen Donaustrafe mit 1649 km die längste ist, die übrigen Uferstaaten. Abgesehen von Rumänien, dessen Donaustrafe eine Länge von 1307 km hat und dessen Donauverlauf sich auf 5,8 Millionen Zonnen bezieht, weist Ungarn mit 5 Millionen Zonnen den größten Schiffverehr auf der Donau auf. Auf Österreich entfällt ein Verkehr von 2,5 Millionen Zonnen. Budapest allein bezieht einen Verkehr von 2 Millionen Zonnen, Wien nur einen solchen von 1,7 Millionen Zonnen. Der Verkehr der ungarischen Schiffverehr beträgt nach dem „Kaiser Lloyd“ 3200, jener der österreichischen bloß 1000, und während die ungarischen Mittelrisen 8800 Schiffe fassen, bieten die österreichischen nur für 700 Schiffe Raum.

Die Konferenz war darin einig, daß die internationale Regelung des Donauverkehrs auf Grund des Prinzips der vollen Schiffahrtfreiheit durchgeführt werden müsse. Sie hat sich einmütig für die Schaffung eines einheitlichen Privatverkehrs der Binnen-Schiffahrt für die Donau sowie für die Wasserstraßen und Ströme, die mit ihr in Verbindung gebracht werden, erklärt und die möglichste Anknüpfung an das deutsche Binnen-Schiffahrtsgesetz empfohlen.

Die Verhältnisse in der Amulfabrik in Ludwigshafen.

Die nachstehenden Darlegungen entnehmen wir einem Bericht unserer Karlsruher Zeitungsleitung an den Verbandsvorstand. Wir veröffentlichen ihn, um den in der Amulfabrik beschäftigten organisierten Kollegen und den Kollegen in ganz Südwest- und Mitteldeutschland zu zeigen, welche Gefahr für unsere Bewegung in jenem Gebiet entsteht, wenn nicht alle möglichen Mittel angewendet werden, um den Verband zu stärken und seinen Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erhöhen. Gleichzeitig möchten unsere Kollegen im übrigen Deutschland aus dem Bericht ersehen, wie wichtig für unsern Verband die Verwirklichung der Vor schläge des Kollegen Bauersfeld ist, die wir im letzten „Grundstein“ veröffentlicht haben. Von unsern in der Amulfabrik beschäftigten organisierten Kollegen erwarten wir, daß sie die Verbandsarbeit für den Verband unter ihren unorganisierten Mitarbeitern ungestraft mit aller Kraft aufnehmen.

Die großen Bauhallen, an denen Hunderte und manchmal Tausende von Bauarbeitern beschäftigt sind, waren von jeder die Schmerzengelder unseres Verbandes. Meistens handelt es sich um Arbeiten in entlegenen Gegenden, wo kein ansehnlicher



Arbeiterstamm und infolgedessen auch sein Mitgliederstamm vorhanden ist, oder aber die Arbeiten werden innerhalb großer Industrieanlagen ausgeführt, die gegen die Außenwelt gut wie vollständig abgeschlossen sind. Demnach haben diese Baustellen nur das eine, daß auf ihnen die Arbeitskräfte aus allen Himmelsgegenden zusammenströmen und der Verband in der Regel nur wenig Einfluß auf die Verhältnisse ausüben kann, weil eben diese Massen von auseinanderstrebenden Elementen von der Organisation nicht erfasst werden können oder auch nicht erfasst werden wollen. Ein dieser schwererwäglichen unserer Verbandes ist die Badische Anilin- und Soda-Fabrik in Ludwigshafen am Rhein. Das war schon vor dem Kriege so und ist es während des Krieges in verdoppelter Weise. Immerhin waren vor dem Kriege wenigstens die an den Neubauten der Fabrik beschäftigten Maurer fast alle organisiert. Die Arbeit aber indirekt im Fabriklokalen beschäftigten waren es viel weniger und die vielen Tiefbauarbeiter schon gar nicht. Es handelte sich da, alle drei Klassen zusammengekommen, immer um viele Hunderte von Kollegen. Von außen her konnte auf diese Massen nur sehr wenig eingewirkt werden, da die Fabrik in ihrer ganzen ungeheuren Ausdehnung von einem hohen Bretterzaun umgeben ist, während die Zugänge von gestrigen Portiers bewacht werden, die jeden Eintretenden auf Herz und Nieren prüfen und mit unfehlbarer Sicherheit jeden „Unbefugten“ herausfinden. Während des Krieges ist die Zahl der in der Fabrik beschäftigten Bauarbeiter gegenüber der Friedenszeit um das Vielfache gestiegen. Gewaltige Heereslieferungen und die Herstellung neuer Stoffe verursachten ein gewaltiges Bedürfnis nach Neu- und Umbauten. Im Jahre 1915 waren dort zirka 2000 bis 2500 Bauarbeiter beschäftigt, darunter allein über 100 Arbeiterpartei. Die Firma Hoffmann & Co. beschäftigte allein 1700 Mann. Dazu kamen noch die großen Wanderrfirmen, die überall auftreten, wo es etwas zu ergattern gibt: Holzmann, Wapß & Freytag usw. Heute ist die Zahl der Beschäftigten sehr erheblich niedriger.

Nun hat ja der Krieg überall auf das Organisationsleben sehr ungünstig eingewirkt. Aber nur in wenigen Fällen werden seine Einflüsse sich so niederdrückend geltend machen, wie gerade hier. Von Agitationsfähigkeit, die schon in Friedenszeiten viel zu wünschen übrig ließ, war bald gar nichts mehr zu spüren. Nur die Kollegen der Zählstelle Oppau, deren Wohnort in unmittelbarer Nähe der neuen Fabrikanlagen liegt, hatten es entsezt versucht, sich der Fülle der fremden dringenden ausländischen Arbeitskräfte zu erwehren, um dem Verbands seinen Einfluß zu erhalten. Aber sie wurden überanstrengt, weil sie auf der Arbeit selbst weniger mit den Auswärtigen zusammenkamen und hauptsächlich nur im Orte selbst nach Freiabend ihre Tätigkeit entfalten konnten. Dazu kamen auch bei ihnen die fortwährenden Einberufungen, die aus ihrer Reihen viele der tatkräftigsten Kollegen herausrißen. Einzelne Kollegen aus den auswärtigen Zweigvereinen bemühten sich zwar auch, soweit es ihnen möglich war, um die Gewinnung neuer Mitglieder, aber die erzielten Neuaufnahmen gingen in der Regel nicht an den Zweigverein Mannheim, sondern an den manchmal wohl erstarrten Heimatverein.

In Friedenszeiten konnte der Bedarf an Bauarbeitern für die Anilinfabrik beinahe restlos aus dem Zweigvereinsgebiet Mannheim-Ludwigshafen gedeckt werden. Anders im Jahre 1915 und überhaupt während des Krieges. Da dehnte sich das Rekrutierungsgebiet immer weiter aus, über die Landesgrenzen hinaus in die Bezirke des Saargebietes, bis nach Garmesheim und Sandau, über den Rhein bis über den Ederberger Gebiet, in die Täler des Odenwaldes hinein, in die Zweigvereinsgebiete Darmstadt, Frankfurt, Mainz, Wiesbaden und die Hochschaffenburg hinein. Rheinaufwärts kamen Arbeitskräfte selbst aus der Pfalz her und aus dem Elsaß. Und als das immer noch nicht genügt, stellte die Bauverwaltung die nötigen Maurer zu Hunderten als Anwesenheits- oder Bekammierte zur Verfügung. Wir haben festgestellt, daß zu manchen Zeiten aus mindestens 15 Zweigvereinen Mitglieder in der Anilin arbeiten. Der in der Umgebung wohnende Teil der Arbeiter fährt jeden Abend nach Hause, ein anderer nur Samstagtag oder in noch längeren Zwischenräumen. Nur ein verhältnismäßig geringer Teil ist in unmittelbarer Nähe der Arbeitsstellen anständig. Das bei einem solchen Zusammenstromen von Arbeitern mit den verschiedenartigsten persönlichen Lebensgewohnheiten und Interessen ein Zusammenhalt nicht leicht zu erzielen ist, leuchtet ohne weiteres ein. Aber es wäre trotzdem möglich gewesen, wenn eben unsere organisierten Kollegen nicht wieder in ihre alten Fehler verfallen wären. Ohne zu übertreiben, können wir behaupten, daß zu Zeiten 50 und mehr Prozent der dort Beschäftigten organisierte Bauarbeiter waren. Aber nur wenige brachten, am neuen Arbeitsort angelangt, das nötige Interesse auf, um sich über das Organisationsverhältnis am Bau, oder besser gesagt in der Fabrik, zu unterrichten; die meisten hielten wohl die Furcht davon ab. Sie glaubten, wenn sie einen andern nach seiner Verbandszugehörigkeit fragten, könnten sie von diesem denunziert werden und die Arbeitsstelle verlieren. Die Anilinfabrik geniesst ja weitum in Sande den Ruf einer Zwingburg der Arbeiterlosigkeit im Stummischen Sinne. Bei den im Lagerlokalen Arbeitenden, die viel mit dem Betrieb wachsenden geben Ochselpflanzen in Berührung kommen, mag ja diese Furcht nicht so ganz unbegründet sein.

Das Misstrauen der Arbeiter unter sich ist der Hauptgrund, warum in der Anilin so wenig Kenntnis der tatsächlichen Organisationsverhältnisse am Bau zu finden ist. Ein enger Zusammenhalt der Bauarbeiter aus den verschiedenen Bezirken und ein besseres Sichkennnenlernen wären trotzdem möglich gewesen, wenn unsere Kollegen wenigstens in eine in Punkte ihren alten Gewohnheiten entlang hätten. Wenige nur fragten, wie schon angeführt, nach den tatsächlichen Organisationsverhältnissen; aber noch weniger Kollegen meldeten sich im Zweigverein Mannheim an. Durch dieses Verhalten der fremden Kollegen war die Zweigvereinsleitung der Möglichkeit beraubt, für den auf den Baustellen nicht erfolgten Zusammenhalt einen Ersatz zu schaffen oder über die Güte des Verbandes in der Anilin einen Überblick zu gewinnen. Man darf dabei nicht übersehen, daß auch die im Mannheim-Ludwigshafener Gebiet übliche Affordarbeit ihr rechtlich Teil Schuld an diesen unerwünschten Zuständen hat. Die geschlossenen Affordkolonnen kammern sich in der Regel um nichts, als um das möglichst schnelle Fortschreiten ihres Baus. Die Zeitnehmer der Kolonnen sind wohl fast alle organisiert, aber außerhalb der eigenen Partie ist für sie Auswärts, für das kein Interesse vorhanden ist. Die um Zeit weit aus-

einanderliegenden Arbeitsstellen sind ebenfalls der Agitation und dem gegenseitigen Sichkennnenlernen nicht förderlich. Weiterhin hat der Krieg eine Anzahl von Kleinmeistern aus allen Gebieten, die an ihrem Wohnort nicht mehr fortkaufen, in der Anilin zusammengeworfen. Und was Gefesse Kinder diese Leute im allgemeinen sind, braucht wohl nicht näher ausgeführt zu werden. Wenn man dann noch die laurige Rolle in Betracht zieht, die von den allermeisten der rekrutierten oder abkommandierten Kollegen gespielt wird, dann begreift man allmählich, daß es in der Anilinfabrik so und nicht anders aussieht. Sie begeben ihre Beiträge, sind eifrig bemüht, beim Unternehmer sein Mißfallen zu erregen und hüten sich infolgedessen ängstlich, etwas für den Verband zu tun. Einige Ausnahmen bestätigen nur die Regel.

Wir haben also in der Anilin die fonderbare Tatsache, daß der Verband zwar einen großen Einfluß ausüben könnte, aber daran gehindert wird durch seine Mitglieder. Die Folgen dieses unzufriedenen Zustandes sind auch nicht ausgedehnt. Die Zahl der Unfälle ist in einer geradezu entsetzlichen Weise gestiegen. Seit Anfang 1915 hat sich das Unfallsunwesen kontinuierlich entwickelt. Es ist durchaus nicht seltenes, daß Maurer in 14 Tagen 200 bis 230 Stunden gearbeitet haben. Das bei solcher Arbeitszeit der letzte Punkt von gesellschaftlichem Gefühl zum Verlust geht, ist nicht verwunderlich. Die Folgen dieses Unfalls sind von der eigenen Arbeitskraft werden die betreffenden Kollegen erst spüren, wenn es zu spät ist. Sie haben sich aber auch unmittelbar an Schaden beteiligt, denn bei gewöhnlicher Verweigerung von Lebensstunden hätten die Unternehmer sicher höhere Löhne zahlen müssen und auch gezahlt. Die Bauerrn hätte gewiß einer Milderung an der Unternehmung keine allzu großen Schwierigkeiten gemacht. Welchen Anreiz haben diese Lebensstundemacher sonst noch angeht hat, das werden wir erst in späteren Jahren bei den kommenden Kämpfen erfahren. Der Mangel an Überwachung durch den Verband hat den Unternehmern ferner erlaubt, bei der Affordarbeit nach und nach wieder die lange entbehrt Willkür einzuführen. In der Anilin hat nämlich das für Mannheimer-Bauarbeiter geltende Preisverzeichnis für Affordarbeiten keine Geltung, weil es sich um Fabrikbauten handelt, auf die die normalen Verhältnisse nicht zutreffen. Nun gab es ja eine Anzahl alter, erfahrener Affordpartien, die mindestens gerade lo gerechnet sind wie die Unternehmung. Diese erzielten in der Regel recht hohe Verdienste. Randes waren aber Dutzende von anderen Parteien, meistens auswärtige, die trotz alter Schulerrei nicht einmal auf den tariflichen Lohn kamen. Es waren nicht etwa schlechte Maurer oder schlechte Arbeiter, sondern die ausgeprägten schlechten Preise an diesem Ergebnis Schuld. Selbstverständlich festhalten auch die sonstigen Mängel nicht, wie sie sich immer herausstellen, wo die Arbeiter keine Organisation vernachlässigen. Aber die wohl schlimmste Folge der Zustände in der Anilin ist die Ausbreitung der Gleichgültigkeit über die ganzen Gebiete, die durch ihre Mitglieder in Verbindung mit der Anilinfabrik kommen. Es ist wie eine Seuche, die mehr und mehr um sich greift. Wir konnten schon seit längerer Zeit beobachten wie bald in diesem, bald in jenem Ort unserer Bezirke die Mitglieder eines Tages ohne erkennbare Gründe die Beitragszahlung einstellen wollten. Wenn man dann den Dingen auf den Grund ging, stellte sich gewöhnlich heraus, daß eine Anzahl in der Anilin gearbeitet und dort die Überzeugung gewonnen hatte, daß die Organisation an diesem Orte aufgehört habe zu existieren. Sie erklärten, wir arbeiten jetzt schon so und so lange dort und niemand hat uns bisher gefragt, ob wir im Verbands seien — sie selbst hatten natürlich niemand gefragt, und wenn schon in Subordinat der Organen nicht mehr bei uns waren, brauchen wir in unserm entlegenen Orte noch viel weniger eine solche. Das ist die Folge vieler unserer Kollegen. Es folgte jedesmal viele Mühe, um die Sache wieder einzurenden. Der Krieg hat ferner jugendliche Arbeiter in großer Zahl auf die Baustellen geworfen. Die jungen Leute arbeiten nun zum Teil schon seit Jahre dort, und kein Mensch hat sie bisher gefragt, was sie zu tun hätten. Glaubt jemand, diese Leute liegen später leicht für den Verband zu gewinnen? Zusammen mit den übrigen Unorganisierten, die sich heute auf den Baustellen der Anilin breitmachen, zusammen mit den Fabrikarbeitern, die hierher aus dem Ausland kommen, zu erwarten, werden bilden sie eine Unternehmungskategorie, die sich immer zu bewegen in vollkommenen Freijahr angelegten Verhältnissen, verbreiten sie den antilegionistischen Geist und die Feindschaft gegen den Verband überall, wohin sie kommen.

In harrer Erkenntnis dieser Gefahr hat die Bezirksleitung schon seit dem vorigen Jahre alles mögliche versucht, um auf die Bauarbeiter der Anilin mehr Einfluß zu gewinnen. Aber es sei vornehmlich gesagt: ohne jeden Erfolg. Die Versammlungen wurden nicht besucht, ob sie nun früh oder spät, Werktag oder Sonntag angelegt wurden. Das gleiche traf zu für die Versammlungen von Vertretern jedes Baus, die ein zweimal veranstaltet wurden. Selbst die anfänglich der Lohnbewegung in verflochtenen Freijahr angelegten Versammlungen einen für Mannheimer-Ludwigshafener Verhältnisse unerschöpflich schlechten Erfolg. Die unternommenen Hausagitationen in den Lögis brachten auch keine nennenswerten Ergebnisse, einmal wegen der Lebensstundenarbeit am Werktag und dann wegen der Abwesenheit der Kollegen am Sonntag. Alles dies brachte uns zu der Überzeugung, daß hier andere Wege eingeschlagen werden mußten. Bei einer Besprechung mit Vertretern des Frankfurter Bezirkes wurde dann beschlossen, zu versuchen, ob man nicht von den heimatischen Zweigvereinen aus auf die in der Anilin arbeitenden Mitglieder einwirken könnte. Man mußte versuchen, festzustellen, wieviel Organisierte heute in der Anilin beschäftigt sind, und dann weiterhin versuchen, die Kollegen aus dem einzelnen Zweigvereinen einander näherzubringen und dadurch das gegenseitige Mißtrauen beseitigen, das einer gesunden Agitationsfähigkeit am meisten entgegensteht. Die Verbindung sollte also von innen heraus kommen, anstatt von außen her.

Zu diesem Zweck fanden vor einiger Zeit zwei Konferenzen der beteiligten Zweigvereine statt, um die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Auf beiden Konferenzen, von denen die eine in Frankfurt a. M. stattfand, wurde vereinbart, am 20. August in allen in Frage kommenden Zweigvereinen eine Statistik über die in Ludwigshafen arbeitenden Mitglieder aufzunehmen und dabei deren etwaige Logisadresse festzustellen. Das Ergebnis sollte auf dem schnellsten Wege

den Bezirksleitungen zugestellt werden, die dann im Einvernehmen mit der Mannheimer Zweigvereinsleitung die weiteren Schritte zu machen hatten. Außerdem mußte jeder Zweigverein aus der Mitte seiner in Ludwigshafen arbeitenden Mitglieder einen oder mehrere Vertrauensleute bestellen, die am 20. August in Mannheim zu einer Sitzung zusammenkommen sollten, um die Vorschläge der Bezirksleitungen zu prüfen, sie gutzuheißen und Verschönerungsmaßnahmen entgegenzunehmen. Die Sitzung der Vertrauensleute fand am 20. August statt. Der Verbandsvorsitzende, Kollege Popelow, der auf der Durchreise begriffen, von der Veranstaltung Kenntnis erhalten hatte, übernahm den Vorsitz. Kollege Dörter legte in ausführlicher Rede die Verhältnisse klar und erläuterte die vorgeschlagenen Maßnahmen. Er betonte besonders die Notwendigkeit des Annehmens am Arbeitsort und gab dazu die Erklärung ab, daß nicht beschädigt sei, wenigstens während des Krieges nicht, die auswärtigen Mitglieder zur Beitragszahlung in Mannheim zu zwingen. Er wies ferner auf die Notwendigkeit hin, die Jugendlichen mehr als bisher der Jugendabteilung des Verbandes zuzuführen. In der Diskussion befasigten die einzelnen Redner die Ausführungen des Kollegen Dörter über die Zustände in der Anilin. Wegen die Vorschläge der Bezirke- und Zweigvereinsleitung, die in Form von Zeitfragen den Vertrauensleuten vorlagen, wurde kein Einwand erhoben. Sie sind also als bindend zu betrachten. Nach einem Schlußwort Dörters und einigen interessanten Ausführungen des Kollegen Popelow über die Tätigkeit des Verbandes während des Krieges und über seine Aufgaben in der Zukunft, wurde die auf verlaufene Sitzung geschlossen.

Wir wollen hoffen, daß ihre Arbeit nicht umsonst gewesen ist.

Die Arbeitslosigkeit im Juli.

In 886 Zweigvereinen meldeten sich im Laufe des Monats unter 76 555 Mitgliedern 1088 oder vom Laufend 14 arbeitslos, von denen am Monatschluß 203 oder vom Laufend 8 arbeitslos blieben. Im Juni hatten sich von 76 703 beteiligten Mitgliedern 1898 oder vom Laufend 18 arbeitslos gemeldet, davon waren 298 oder vom Laufend 4 arbeitslos geblieben. Die Arbeitslosigkeit hat demnach weiter abgenommen. In der Rheinprovinz, in Westfalen, Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Bremen und in Elsaß-Lothringen nahm die gemeldete Arbeitslosigkeit zwischen 1 und 7 auf das Mitglieder-tausend berechnet zu. In den übrigen Landesstellen ging sie zurück. Die höchste Abnahme hatten Schleswig-Holstein, Hamburg mit 14, Bommern mit 11, Bayern mit 9 vom Laufend. Die am Monatschluß verbliebenen Arbeitslosigkeit hat nur in Schlesien, in der Rheinprovinz und in Hannover ein wenig zugenommen. In Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Brandenburg, Hessen, Westfalen, Mecklenburg war das Verhältnis am Schluß der beiden Monate gleich, die übrigen Landesstellen brachten eine Abnahme. Die betrug in Elsaß-Lothringen 23 vom Laufend, die Hälfte des Standes am Schluß des Vormonats; sonst war sie nur geringfügig. Die Dauer der Arbeitslosigkeit ist ebenfalls zurückgegangen, wenn auch nicht in allen Landesstellen. Im ganzen trafen auf die 1088 arbeitslos gemeldeten Mitglieder 6944 Arbeitslosentage im Juni. Im Bommern mit 11, Bayern mit 9, in der Rheinprovinz, in Westfalen, Hannover, Mecklenburg und Elsaß-Lothringen ist die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit gestiegen, in den anderen Landesstellen hat sie abgenommen. Berlin hatte am Monatsende unter 4749 Mitgliedern 77 Arbeitslose. Auf je 1000 Mitglieder kamen dort 16 (im Juni 18) Arbeitslose. Dies Ergebnis ist in den allgemeinen Reichsdurchschnitt eingerechnet, ergibt unter 81 044 Mitgliedern 280 Arbeitslose, auf das Mitglieder-tausend 3 (5) Arbeitslose. Berlin läßt somit den Reichsdurchschnitt der zu Ende des Monats vorhandenen Arbeitslosigkeit diesmal unverändert. Von den 1088 arbeitslos gemeldeten Mitgliedern fanden 698 oder vom Laufend 645 (500) wieder Arbeits-gellegenheit; davon 666 oder vom Laufend 616 (488) im Bau-gewerbe und 32 oder vom Laufend 30 (42) in andern Be-zirken. 52 oder vom Laufend 54 (66) zeigten sich arbeitslos oder vom Laufend 114 (191) entzogen sich aus unbekanntem Ur-sachen der Kontrolle. Die am Monatschluß arbeitslos gebliebenen 203 Mitglieder betragen 187 (213) vom Laufend der arbeitslos gemeldeten Mitglieder.

Monat	Berufsbau-Zweigvereine	Gesamte Mit-glieder	Arbeitslos waren		Arbeitslosen-tage erzielten
			im Monat	am letzten Wer-tage	
1915					
Juni	792	101325	4101	40	1249
Juli	797	98514	3393	35	1048
Aug.	801	93744	2785	30	826
Sept.	827	90819	2220	24	594
Oktober	848	86671	2047	24	738
Novbr.	851	83744	1526	61	3886
Dezbr.	850	81001	6291	77	3223
1916					
Januar	849	76864	5090	65	2738
Februar	842	76829	6518	85	3878
März	835	75178	5768	77	1497
April	836	75599	2738	36	868
Mai	832	76449	2134	28	413
Juni	827	76703	1898	18	298
Juli	826	76655	1088	14	208

Der gegenwärtig sehr niedrige Stand der Arbeitslosigkeit, namentlich verglichen mit der Arbeitslosigkeit in den Monaten Juni und Juli vorigen Jahres, ist aus vorstehender Tabelle leicht zu erkennen. Auf hundert kalendermäßige Werttage

Arbeitslosenstatistik des Deutschen Bauarbeiterverbandes für den Monat Juli 1916.

Table with columns for 'Landesteile' (regions) and 'Mitglieder am Schlusse des Monats' (members at the end of the month). It lists various regions like Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, etc., and provides statistics for members and unemployed workers.

entfielen im Berichtsmonat 0,3 Arbeitslosentage. Von den 26 Werttagen des Monats sind das 0,9 Tage. Das wäre die auf jedes Mitglied entfallende Arbeitslosigkeit, wenn sich die vorhandene Arbeitslosigkeit auf alle Beteiligten gleichmäßig verteilen ließe.

Wom Laufend der von der Statistik erfassten Berufsangehörigen waren arbeitslos:

Table showing the number of unemployed workers by profession (e.g., masons, bricklayers, carpenters) and region.

Bei den Stufkateuren war die im Laufe des Juli gemeldete Arbeitslosigkeit größer als im Monat vorher. Die am Monatschlusse verbleibende Arbeitslosigkeit brachte jedoch eine Abnahme und damit neben auch dieser Beruf auf den Niedrigstand der Arbeitslosigkeit in den folgenden Monaten hin. Die größte Abnahme hatten die Gerberarbeiter. Bei ihnen gab es diesmal verhältnismäßig die wenigsten Arbeitslosen. Auch die Maurer und die Bauhilfsarbeiter hatten im Verhältnis zu den anderen Berufen sehr wenig Arbeitslose. Zwar zeigen diese beiden Berufe in einigen Landesteilen, so Schleswig-Holstein, Hamburg, Bayern, Ostfriesland, ungenügende Verhältnisse, als sie sich für das ganze Reich ergeben, doch reichen sie fast nirgends aus nor entfernt an den Stand der Arbeitslosigkeit bei den Hüttenleuten und den Stufkateuren heran.

Ueber die im Juli ausgeglichte Arbeitslosenunterstützung unterrichten folgende Angaben:

Table detailing the financial aspects of unemployment support, including the number of unemployed, the amount of support provided, and the total cost.

Der Unterstützungsbedarf ist im Juli weiter zurückgegangen, und zwar, von belagerten Ausnahmefällen abgesehen, Landesteilen. Die größere Arbeitslosigkeit einiger Landesteile ist auch auf dieser Lieberkeit zu erkennen.

Eiserne Zeit.

Die „Eiserne Zeit“ nennt man unsere Zeit. Und wahrlich, eisen ist sie auch. Die eisernen Feuerstühle drücken ihr das Gepräge auf, die eisernen Räder, die eisernen Schloßer, und darum ist sie kalt und hart und jedes Gefühl, jedes tiefere Empfinden in ihren Grundzügen bar. Im Frieden war das nicht anders. Sie hat die heftigsten eiserne Drogen und eiserne Härte das Leben und eine Widerkraft nur konnte die eiserne Zeit nicht. Aber metallene war auch ihre Zeit, ihre goldene Zeit. Auf dem Wege suchte ihr Glück, doch auch das Geld ist hart und kalt; auch das Geld kann nicht bringen das wahre Menschenglück. Soll der Mensch glücklich sein, dann darf der Welt nicht von äußeren Momenten und Worten das Heizen aufgedrückt sein. Soll der Mensch glücklich sein, dann muß die Regelung der Welt, das Zusammenleben der Menschen bestimmt sein von den inneren Menschenseiten, der inneren Natur. Die natürlichen Kräfte und Werte des Menschen müssen zur freien Entfaltung kommen, das menschliche Zusammenleben muß werden ein harmonisches Miteinanderleben der freien Persönlichkeit. Dann ist glücklich die Welt, glücklich die Menschheit, dann genügt jeder in vollen Zügen den Segen, die lachende Freude dieser natürlichen Regelung. Dann kann jeder sich freuen seines Heims und seiner Arbeit, alles Guten und Schönen, dann erdarmt die Liebe der Menschen zum Menschen das Leben, gleich den goldenen Strahlen des Sonnenlichts. Und das erst ist dann eine beregnete, fröhliche Zeit, das erst die Zeit des wahren inneren Glücks, jene neue, jene schöne, jene heiß von uns ersehnte, jauchende Zeit: die sonnige Zeit.

Für oder gegen die Sommerzeit.

Zu dieser Frage möchte ich mir einige Bemerkungen erlauben. Es ist richtig, daß sich das Mannheimer Gewerkschaftsrat auf ein Verlangen des Bürgermeisters, ein Gutachten über die Erfahrungen der Arbeiterchaft mit der Sommerzeit abzugeben, im obeliebenden Sinne geäußert hat. Als Vertreter unseres Zweigvereins habe ich dort meinen Standpunkt klargelegt und ich möchte dies auch an dieser Stelle tun. Daß die Arbeiterchaft von der Sommerzeit Nachteile hat, ist nicht zu bestreiten; es geht ihnen eine Stunde an ihrer Nachtstunde verloren, obwohl der Arbeiter die Ruhe am notwendigsten hat. Man wird mir entgegenhalten, daß der Arbeiter eine Stunde früher schlafen gehen soll. Darauf will ich erwidern, daß dies ein Unding ist. Wer das Bede hat, in einer Mietkammer zu wohnen, was bei allen in der Stadt wohnenden Arbeitern der Fall ist, dem ist es nicht möglich, sich zu verabschieden. Wie sehr das das Berufslosentage nicht gut möglich ist; der Mann im Hause und auf der Straße lassen niemand zum Schlafen kommen, auch wenn er noch so müde ist. Sehr wichtige Gründe gegen die Sommerzeit hat auch der Vertreter der Gärtner gebracht. Er hat nachgewiesen, daß den Gärtnern die ganze Regelung der Arbeitszeit über den Hausen gemordet wurde. Auch wir Bauarbeiter kommen mit der im Tarif vorgesehene Arbeitszeit nicht zurecht; außerdem bestrafen wir mit Recht eine Verschlechterung unserer Arbeitsverhältnisse; man braucht nur die Bekanntmachung unseres Verbandsvorsitzenden in „Grundstein“ Nr. 37 anschauen. Wie sehr haben die Sache mit den Kindern der Arbeiter? Die Kinder haben die Neuregelung der Sommerzeit am bittersten empfunden. Wer Kinder hat, die die Schule noch besuchen, darf sich auch hier ein Urteil erlauben, selbst wenn ihm der „Baie“ an den Kopf geworfen wird. Auch der Baie kann zu einem gefunden Urteil kommen, zu was hätten wir sonst die Schöpfen und Geschworenengerichte. Für die Kinder trifft das zu, was ich schon über das Frühlosentage gesagt habe. In der Frühe muß man die Kinder aus dem Bette rausziehen, in einer Zeit, wo der Schlaf am gesündesten ist, und dann geht noch eine Zeit darüber hin, bis sie so recht zu sich kommen. Das ist nicht anmerken, wenn die Kinder schlafen werden auch die Lehrer nicht bestreiten wollen. In der jetzigen Zeit werden an Geist und Nerven andere Anforderungen gestellt, als das zu Großmutterzeiten der Fall war; wenn aber Geist und Nerven gesund bleiben sollen, dann müssen sie ausgeruht haben, und das ist in der Sommerzeit nicht möglich. Ich habe mich oft gemundert, warum ich in der Tagespresse gelesen habe, daß diese oder jene Lehrer sich in bestrafenden Sinne

äußert haben; jedenfalls weil sie über diese Frage nicht tief nachgedacht haben. Eine Besserung wäre zwar hier zu erreichen, wenn man die ganze Schulzeit um eine Stunde verschoben würde. Wenn der Volkswirtschaftsamt aus der Sommerzeit Vorteile erwachsen sind, dann ist nicht gesagt, daß auch wir Arbeiter dieser Neuierung zustimmen müssen, erst recht nicht, wenn wir große Nachteile für die Arbeiterchaft feststellen müssen. Wir können ja auch nicht der bauernden Aufhebung des § 137 der Gewerbeordnung zu, trotzdem sind die Unternehmer „nachweisen“ werden, daß dies volkswirtschaftlich notwendig sei. R. Eberle, Mannheim.

Die Deutsche Arbeitgeberzeitung will vorläufig noch nicht leicht für oder gegen die Sommerzeit Stellung nehmen, sondern anscheinend die Entscheidung der Verhandlungen von Handel und Industrie abwarten. Sie drückt aber den Artikel eines Mitarbeiters, anscheinend eines Mannes aus dem Baugewerbe, ab, der sich lebhaft gegen die Sommerzeit wendet. Die von diesem Mitarbeiter geltend gemachten Gründe bezüglich der Unterbrechung des Bauarbeitertums in dieser Frage wiederholen, so wollen wir unsere Kollegen wenigstens einige Hauptpunkte des Artikels zur Kenntnis bringen. Der Mitarbeiter der „Arbeitgeberzeitung“ schreibt:

„Je früher am Abend die Arbeit beendet wird, desto mehr sieht sich erfahrungsgemäß der Arbeiter, wie übrigens auch der Beamte und Angestellte, nach Nebenbeschäftigung um. So kommen jetzt schon aus der Industrie einzelne Klagen darüber, daß seit Einführung der Sommerzeit die auf dem Lande wohnenden Arbeiter sich nach Arbeitschluss am Abend mit Ackerbau beschäftigen, daß sie im Betrieb nichts Ordentliches mehr zu leisten vermögen, weil nicht beschäftigt auch das Baugewerbe jastrische auf dem Lande wohnende Arbeiterkräfte. Aber die Landwirtschaft ist es nicht allein, die zur Nebenbeschäftigung dient, fast alle Betriebe des Lebens müssen dazu herhalten. Vornehmlich sieht sie sich auf Kosten des Handels, wie der heimliche Warenhandel zeigt. ... Schließlich kann man sich auch fragen, ob die durch die Sommerzeit hervorgerufene Stimmung für früheren Arbeitsbeginn am Morgen von Dauer sein wird. Schon jetzt werden aus Arbeiterkreisen lebhaft Klagen laut, daß man durch die Sommerzeit um den Schlaf komme. Diese Behauptungen sind nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Sind, bevor es dunkel ist, die Kinder nicht zum Einschlafen zu bringen, so können auch die Erwachsenen nicht eher schlafen. Wie die Kinder, müssen aber auch die Erwachsenen früher gehen, wenn sie nicht schlafen wollen. Es ist in vielen Fällen nicht so ins Gewicht fallen wie diejenige, die erst das Leben außerhalb der Familie mit sich bringt. Ob mit der Sommerzeit dem Nachleben wirklich gesteuert wird, das ist noch sehr die Frage. Die freie Zeit bei Tageslicht ist beinahe für gar viele der Anfang zum Nachleben. Es ist zu erwarten, daß dieses mit der Wiederkehr des Friedens trotz aller Sommerzeit wieder aufleben wird. Sicher aber wird es wieder zu einem regen Organisationsleben kommen mit seinen bis in die späte Nacht hinein dauernden Tagungen, falls es mit diesem Punkte nicht noch schlimmer wird als früher. Seltener dann am Morgen für den früheren Arbeitschluss am Abend um so viel früherer Arbeitsbeginn eintreten, was könnte da wirklich von Schlaf noch viel die Rede sein? Was könnte aber auch dem Arbeitgeber ein so mangelhaft ausgeruhter Arbeiter viel nützen? Wahrscheinlich noch weniger als der durch Nebenbeschäftigung abgenutzte Mann in einem wie im anderen Falle die erhöhte Unfallgefahr, die man mit solchen Arbeiterkräften hat, insbesondere bei Arbeiten im Baugewerbe. So besondere Veranlassung, in den Jubel über die Sommerzeit mit einzustimmen, besteht also für die Arbeitgeber nicht.“

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

Ergebnis der Feststellung vom 2. Oktober. Der aus allen Bezirken vorliegende Bericht umfasst von den 827 vorhandenen Zweigvereinen 825. Diese hatten zusammen 79 497 Mitglieder. Am Röhltage vorher hatten die selben Zweigvereine 80 009 Mitglieder. Die abgelaufene Woche brachte somit eine Abnahme von 512 Mitgliedern. Die Bezirke Hamburg, Holfst und Straßburg meldeten die gleiche Mitgliederzahl wie am 25. September, Bromberg zwei Mitglieder mehr; sonst sind alle Bezirke an der Abnahme beteiligt. Von den beteiligten Mitgliedern waren 194 = 0,24 pJt. arbeitslos, am vorigen Röhltage 187 = 0,23 pJt. Es ist somit eine kleine Zunahme eingetreten. Die fünf Bezirke Magdeburg, Frankfurt, Götin, Hannover und Leipzig hatten noch einige Arbeitslose weniger als am vorigen Röhltage. In Königsberg, Breslau, Dortmund, Bremen, Holfst, Stuttgart, Karlsruhe und Straßburg war ihre Zahl an den

von der Zentralstelle ausgesandten Bestimmung, wonach die Beamten der Zweigverbände diejenigen Mitglieder anzugeben haben, die nicht in den Vereinigten Staaten geboren sind oder von denen wir glauben, daß sie nicht in diesem Lande geboren sind, und sie zu verpflichten, daß sie ihre Bürgerpapiere oder ihre Erklärung, Bürger zu werden, dem Sekretär vorzulegen. Er wisse auch nichts davon, daß in der Verbandsverfassung ein Gesetz bestünde, das die Beamten der Zweigverbände hierzu verpflichte. Wenn es ein solches Gesetz gebe und die Beamten von Zweigverbänden hätten es vor Jahren unterlassen, diese Vorschriften auszuführen, könne dann der heutige Beamte die Vorschrift der Bürgerpapiere oder der Erklärung, Bürger zu werden, nach dem Gesetz des Verbandes verlangen? Würde ferner der Verband einen Zweigverband schützen, wenn ein Mitglied auf ein solches Verlangen die ordentlichen Gerichte anrufen und die Zurücksetzung seiner Aufnahmepapiere, aller Beiträge und Abgaben, die er bisher bezahlt habe, mit Zinssinsen verlange, auch die Tragung der Kosten seitens der Gegenpartei beanspruche? Der Beamte läßt durchblicken, daß es für ein Mitglied, das dem Verbands schon 15 oder 20 Jahre lang „in gutem Stande“ angehört, verletztes sein würde, wenn man von ihm die Vorzeigung seiner Papiere verlange.

Die Zentralverwaltung gibt diese Anfrage unter der Überschrift „Fragen und Antworten“ in der Rubrik „Für unsere deutschen Leser“ wieder und antwortet darauf wörtlich wie folgt:

„Der anfragende Beamte hat wahrscheinlich einige Stellen der J. U. (Verbands-)Verfassung übersehen. Wenn er Abschnitt 5 des Artikels 12 durchlesen wird, so findet er die Aufklärung der ersten beiden Fragen, die jedem Aufnahmekandidaten vorzulegen sind: 1. „Sind Sie gegenwärtig ein Bürger der Vereinigten Staaten oder Kanadas?“ 2. „Falls nicht, haben Sie erklärt vor der Behörde ein solcher zu werden?“ Nach § 8 findet sich die Bestimmung: „Eino verneinende Antwort auf die ersten beiden Fragen verwirft den Antrag.“ Dieses Gesetz besteht in der J. U. seit vielen Jahren und wenn dasselbe von den Zweigverbänden strikt durchgeführt wird, so kann niemand aufgenommen werden, der nicht wenigstens sein erstes Bürgerpapier hat. Bezüglich der Bestimmung, die auf der Convention zu Houston eingeführt sei, so ist dies ebenso angenommen und dem Abschnitt 4 des Artikels 11 der J. U. Verfassung einverleibt worden, der wie folgt lautet:

Niemand darf in diese Organisation als Mitglied aufgenommen werden, von dem nicht zuvor Verzicht wurde, daß er Bürger sei oder werden kann, zu werden, und zwar in diesem Lande und unter dieser Jurisdiktion.

Der sich zur Aufnahme als Mitglied Meldende muß seine Erklärungspapiere einreichen. Falls naturalisiert, hat er das Naturalisationspapier beizubringen. Der Sekretär eines jeden Zweigverbandes muß das Datum der ersten Bürgerpapiere von Anmeldern korrekt eintragen und falls er nach Ablauf der vor-schriftsmäßigen fünf Jahre sein zweites Papier nicht beschafft, und zwar innerhalb der hierauf folgenden sechs Monate hat er sein Geldestrich von \$10 zu zahlen. Sollte das Mitglied dann nach der Bestrafung noch immer die Beschaffung seiner Bürgerpapiere verweigern, so ist es von der J. U. zu suspendieren.

Unser Gesetz verlangt von keinem der Sekretäre von Zweigverbänden, daß sie eine Liste der Mitglieder einreichen, die aufgeführt wurden, ihre Papiere vor-zulegen; es besteht aber ein Geldestrich von \$10 für jeden in den Büchern ihrer Union genau eingetragen führen, und wenn solche Mitglieder dann nach Ablauf von fünf Jahren sich den genannten Vorschriften nicht fügen und sich ihr zweites Bürgerpapier nicht beschaffen, so verfallen sie der angegebenen Strafe und nach weiteren sechs Monaten zu suspendieren. Es hat daher jeder Zweigverband nach unserm Gesetz heute das Recht, wenn irgendein Zweifel über die Bürgerrechte eines Mitgliedes besteht, es um Vorzeigung seiner Papiere zu ersuchen, und wenn es sich dabei um sein erstes Papier handelt, es nicht in der durch das Landesgesetz bestimmten Frist das zweite einholt, das ihn zum Vollbürger macht, so ist dies zur Kenntnis der Union zu bringen, die das Mitglied zur unmittelbaren Herausnahme des zweiten Papiers veranlassen oder das Verbandsgesetz der J. U. auf ihn anzuwenden. Bezüglich des vorausgesetzten Falles, ein Mitglied betreffend, das der Union zehn Jahre oder länger angehört und im Suspendierungsfalle wegen unzureichender Beschaffung der Bürgerpapiere in den Vereinigten Staaten oder Kanada auf Zurücksetzung des von ihm eingezahlten Geldes mit Zinssinsen usw. bei den Gerichten klagt, so werden Sie in Abschnitt 5 des Artikels 12 finden, daß ein Mitglied mindestens sein erstes Bürger-papier haben muß, da es sonst die Mitgliedschaft als betrügerische Weise erlangt hat. Falls das Mitglied dann vor die Gerichte gehen sollte mit einer solchen Klage, so würde es dort kein Gehör finden. Wenn die Beamten von Zweigverbänden die Verfassung nicht befolgt haben, so ist das Hauptquartier hieran nicht schuld. Wir sehen nicht ein, warum jemand, der Mitglied der J. U. ist, sich auch jetzt nicht den Bestimmungen der Gesetze unserer Organisation und des Landes hinsichtlich der Beschaffung seiner Naturalisationspapiere fügen sollte.“

So schließt uns das amtliche Blatt des amerikanischen Manöververbandes die Behandlung der Ausländer durch diesen Verband. Seine Praxis läuft auf einen völligen Ausschluß aller nicht naturalisierten Ausländer hinaus. Wer nicht amerikanischer oder kanadischer Bürger ist oder werden will, hat in der Gewerkschaft nichts zu suchen. Man wird zugeben, daß auch die nächsten Bekämpfer der Ausweisung des Ausländer-unwesens in Deutschland, soweit sie in „Grundstein“ zu Wort gekommen sind, etwas Ähnliches nicht zu fordern wagten.

Mollierer und Steinholzleger.

Leipzig. Seit Juli liegen die hiesigen Mollierer mit den Mollierern aus mecklenburgischen Verbanen. Zu einem Ergebnis ist es nicht gekommen. Zunächst war es die Firma Rheinhold & Co. — bei ihr ist der Tarif bereits am 1. Juli abgelaufen — die durch alljährlich wiederholte Verhandlungen hinausgeschoben. Ein Teil der Mollierer hatte keine Mollierer beigestellt; sie glauben deshalb, die Mittelungen, die ihnen von der Organisation zugehen, nicht beachten zu brauchen. Erst als die Mollierer den Beschäftigten, den Tarif, der am 30. September abläuft, zu kündigen, kamen die Leipziger Firmen dazu, den Mollierern zu erklären, daß sie zu Verhandlungen bereit seien. Als Angebot stellten sie eine Zulage von 8,4 die Stunde für ge-nügend. Dabei gabten sie noch bekannt, daß sie gewillt seien, die Arbeit zu unterbrechen. Daß sich die Mollierer mit diesem Angebot nicht einverstanden erklären konnten, ist selbstverständlich. Eine Veranlassung am 2. Oktober schloß diese Forderung einmütig ab, jedoch sollte den Firmen nochmals folgende Forderung schriftlich unterbreitet werden: M. 1,50 Zeuerungszulage den Tag sowie eine tägliche Hand-gelddulage von M. 1,50. Nummer meldete sich ein Herr Arnold aus Dresden, der sich als Vertreter des Arbeitgeber-Verbandes vorstellte und angeblich Vollmacht hatte, durch weitere Verhandlungen die Differenz zu beseitigen. Dieser Herr schloß eine Zeuerungszulage von täglich M. 1 vor sowie eine Handgelddulage von M. 1 täglich; auch sollte die Einführung der Arbeit in den Betrieben unterbleiben. Er bezeugte dies als das Beste, was von den Firmen bewilligt werden könnte. Die Mollierer sahen diese Zulage bei der jetzigen Zeuerung als viel zu niedrig an und legten am 4. Oktober die Arbeit nieder. Die Arbeitslosigkeit ist für Mollierer günstig, und es kann angenommen werden, daß der Streik nicht von langer Dauer sein wird. Besonders den Leipziger Firmen dürfte es kaum möglich sein, lange auszuhalten, ob-nachdem sie in Dresden, Bismarck und in anderen Orten Unterstellungen erhalten, als die Mollierer von ihrer Organi-sation. Wir können ihnen die richtigen Mittel und sehen trotzdem den Dingen, die da kommen, ruhig zu. Anders liegt die Sache bei der Firma Rheinhold & Co. Diese Firma hat in einer Sitzung in Dresden und wird versuchen, von andern Orten Mollierer an die Arbeitsplätze des Zweig-gehilfen nach Leipzig zu schicken. Wir richten deshalb das dringende Ersuchen an alle Mollierer, uns in diesem Kampfe dadurch zu unterstützen, daß sie jedes Arbeitsangebot nach dem Arbeitslosen der Inanspruchnahme desjenigen werden die Arbeitsplätze nicht befeh und über die Kollegen allerorts Solidarität, dann werden die Mollierer in Leipzig ohne langen Streit ebenfalls eine annehmbare Zeuerungszulage erlangen.

Vom Bau.

Die christlich-nationalen Arbeiter und die drohende Kleinwohnungsnot. Am 15. und 16. August hielt der Ausschuß des Deutschen Arbeiterkongresses (Gesamter-zugung der christlich-nationalen Arbeiterverbände) in Dresden in Berlin eine Sitzung ab, in der er sich unter anderem auch mit der drohenden Kleinwohnungsnot nach dem Kriege befaßte. Er hat dazu folgende Entschlieung angenommen:

„Zahlreiche Anzeichen lassen eine große Wohnungsnot und Wohnungssteigerung für die Masse der Bevölkerung nach dem Kriege befürchten. Die Verteilung der Wohnun-gen wird sich in den letzten Friedensjahren in vielen Gemeinden hinter dem Bedarf zurück und kam in den Kriegsjahren fast völlig zum Stillstand. Nach dem Friedensschluß ist eine gesteigerte Nachfrage nach kleinen Woh-nungen durch die Bevölkerung zu erwarten. Diese Nach-frage wird verstärkt durch die Veränderung in Kleinwoh-nungen von im Kriege wirtschaftlich gefährdeten Mittel-standes-Gestalten und den Familien von Kriegsgesetzten aus den Mittelstädten anderer Völker und nicht zuletzt durch die drohenden Umsiedlungen, die ebenfalls zu einer Verengung des Wohnungsbedarfes beitragen werden. Dieser voraussetzende Mangel an Kleinwohnungen und ihre Zeuerung gewinnt schon jetzt bei allen Mitteln zur Abänderung der drohenden Wohnungsnot einzuwirken. Der Ausschuß des Deutschen Arbeiterkongresses muß deshalb alle günstigen Stellen, Reich, Staat, Provinz, Kreis, Gemein-de auf, umgehend Maßnahmen einleiten, die eine Wohnungsnot für das auf dem Schlachtfeld und in der Heimat treubewährte Volk verhindern. Die Hauptaufgabe der Wohnungsbeschaffung ruht auf den Gemeinden. Vor-bernde Aufgabe für den kommenden Frieden ist es, schon jetzt die Erstellung gesunder, preiswerter und zeit-gemäßer Kleinwohnungen zu betreiben. Dabei sind die be-dachten Wege der Wohnungsbeschaffung auf gemein-dlicher Grundlage zu betreiben. Inwieweit der Gemein-de durch die Förderung der Arbeiter- oder Bau-vereine (z. B. Bauvereine) Zusammenwirken mit genossenschaftlichen und ge-meinschaftlichen Bauvereinigungen unter Vermeidung ungewisserer und belehrender Straßenbau- und Baupolizeiverordnungen. Die Lösung Kleinwohnungs-frage ist durch das Eingehen in Verträge unter Aus-nahme jedes spekulativen Mißbrauchs anzustreben. Das Eingehen in eine feste Mißpacht für ein gebundenes Familienleben, die Antriebskraft für Ordnung, Sauber-keit und Sparlichkeit. Die Bekämpfung des Mißbrauchs durch die Besetzung des Gemeindegeländes mit ge-eigneten Grundstücken für ein neues deutsches Wohnungs- und Sied-lungsweesen hin.

Staat und Gemeinde gemeinsam haben die Aufgabe, durch weitestgehende Maßnahmen für die Sied-lungsnot der Bevölkerung zu sorgen. In offenkundig Weise befindliches Land ist der vorzuziehenden Verteilung zugänglich zu machen, preiswertes Land dazu zu er-werden. Erwerb und Erschließung solcher Gelände. Land auch gleichmäßig genutzbar, in gemeinschaftlicher Grundbesitz der Landbesitzer unter Mitwirkung der an den Siedlungsaufgaben beteiligten Arbeitgeber-

Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenkreise übertragen werden. Solche Landgesellschaften haben die Pflicht, Land-erwerb und -abgabe nur nach sozialen, gemeinsinnigen Ge-sichtspunkten zu betreiben und die spekulative, wohnungs-beleuernde Ausnutzung des Bodens zu verhindern. Sie können allein oder im Zusammenwirken mit den be-stehenden bewährten gemeinsinnigen Bauvereinigungen die Wohnungsbeschaffung und Siedlung betreiben. An-wendung des Erbschaft- oder Nießbrauchrechts. Staat und Provinz haben die Aufgabe, durch energische An-gegriffenahme der länderlichen Beilebung die drohende Wö-hnungsnot nach den Städten abzuwenden und den Land-arbeitern den Aufstieg zu kleinbäuerlichem Besitz zu er-möglichen. Gesundes Siedlungsweesen stellt an Land-Ausgabe von Reich, Staat und Gemeinde ist es alsdann, durch Verteilung von Kleinwohnungen für die in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter und geringverdienenden Beamten zur Entlastung des Wohnungsmarktes beizutragen. Die Mitwirkung gemeinsinniger Bauvereini-gungen erscheint wünschenswert.

Dringende Aufgabe des Reiches ist es schließ-lich, durch eine durchgehende Reform des Boden- und Hypothekensystems eine dauernde Gesundung des gesamten Wohnungsweesens zu sichern. Insbesondere hat der Aus-schluß des Arbeiterkongresses die schleunige Durchführung der Reichswohnungsreform für ein Reichswohnungs-gesetz (1912), ferner der Beschluß von 1916 für Verteilung von Mitteln und für Bürgerpflicht des Reiches zur Förderung der Erstellung geeigneter Kleinwohnungen, ferner zur Schaffung von Kriegereinstellungen, Förderung der Erlangung- und für Erleichterung öffentlicher Erwerbungsstellen, und Brandversicherungen (Städtischen) geboten. Der Aus-schluß erachtet in der Einführung der Sparpflicht oder der Wohnungsbeschaffung geeignete Maßnahmen für die Kapitalbeschaffung zur Wohnungsbeschaffung und zum Eigen-tumserwerb der mißbeherrschten Bevölkerung.

Der Ausschluß des Deutschen Arbeiterkongresses fordert seine Anhänger und Mitarbeiter im Lande auf, die Klein-wohnungsfrage ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und schon jetzt auf die Gemeindegewaltungen einzutreten, damit rechtzeitig der voraussetzliche Bedarf an Kleinwohnungen nach dem Kriege ermittelt und durch rechtzeitige Erstellung von Wohnungen, insbesondere durch die Förderung des Eigenheimis mit Garten, der drohenden Wohnungsnot nach dem Kriege begegnet wird.

Gewerkschaftliches.

Internationale Gewerkschaftskonferenz. Nach dem „Korrespondenzblatt“ wird der Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes für den 11. Dezember dieses Jahres eine internationale Gewerkschaftskonferenz nach der Schweiz einberufen. Schon im Juni 1915 hatte der Internationalen Gewerkschaftsbund, eine solche Konferenz über den Antrag der Engländer und Franzosen, den Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes von Deutschland in ein anderes Land zu verlegen, entschieden zu lassen. Die Mehrheit der Landeszentralen hielt die Kon-ferenz damals nicht für notwendig und entschied sich dahin, daß zum Kriegsausbruch eine Änderung im Internationalen Gewerkschaftsbund nicht eintreten solle. Inzwischen hat (am 5. Juli d. J.) in Leeds in England eine internationale Ge-werkschaftskonferenz stattgefunden, zu der Delegierte für vier Länder erschienen waren. Hieran waren zwei Vertreter einer aus-erwählten britischen Organisation in Italien, die der italienischen Landeszentrale nicht angeschlossen ist. Die Kon-ferenz anerkannte als Vertreter der Gewerkschaften Italiens an, nachdem sie sich den Ziel einer Landeszentrale beigestellt hatten. Die Konferenz beschloß, ein Korrespondenzbureau in Paris zu er-richten mit einem Sekretar aus Vertretern der angeschlossenen Länder. Der Vertreter der französischen Gewerkschaften wurde der Auftrag erteilt, eine neue Konferenz der Gewerkschaften der alliierten Länder vorzubereiten. Diese Beschlüsse sind die Durchsetzung der internationalen Gewerkschaftsorganisation, eine internationale Gewerkschaftskonferenz, an der alle dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehörenden Landes-zentralen teilnehmen sollen, soll nun darüber entscheiden, wie die internationale Gewerkschaftsbewegung für die Zukunft gestaltet werden soll.

Professor Unjo Brentano, der belannte Münchner Gelehrte, ist kürzlich von seinem Lehramt zurückgetreten. Brentano ist kein Sozialdemokrat, aber für die Gewerkschaften hat er trotzdem mehr getan als für manchen Sozialist. Wie nur wenige andere Gelehrte kamste er aber ein Menschen-alter für die Rechte der Arbeiter und die Freiheit ihrer Ver-bände. Noch im Jahre 1912 kritisierte er in einem Vortrag vor dem jetzigen König von Bayern scharf die Polizei- und Verordnungen gegen die Arbeiterverbände und die Klassen-rechte gegen die Arbeiter. In demselben Vortrag stellte er ein vernünftiges Urteil über die Streikbrecher, gegen deren staatlichen Schutz er sich wandte. Professor Brentano hat mehrere Schriften über die Arbeiterbewegung verfaßt und hat auch als Hochschullehrer wesentlich dazu beigetragen, daß im Reich das Verständnis über das Wesen und die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung zu-nahm. Daher ist es verständlich, daß der Münchner Ge-werkschaftsverein dem scheidenden Gelehrten in einem Schreiben den Dank des Vereins dafür ausdrückte, daß er teils die Rechte und Interessen der Arbeiter vertreten habe. In seinem Antwortschreiben teilte Brentano mit, daß er sich das Recht vorbe-halten habe, weiterhin Vorträge zu halten. Er wies darauf hin, daß ihm in seiner fast fünfzigjährigen wissenschaftlichen Tätigkeit nichts so sehr am Herzen gelegen habe, als daß der Arbeiterbewegung ihre vormaligen und verfallenen Ziele wieder zurückzuführen, mit ganz besonderer Freude erfüllt es ihn jetzt in seinem Alter, daß dieses sein Werk auch von denen gewürdigt werde, denen es gewidmet war. In diesem Werk solle sich auch in Zukunft nichts ändern.

Verbandsjubiläum. Zu den Arbeitergruppen, die in der letzten Zeit ihr Verbandsjubiläum feiern konnten, gehören die Brauerarbeiter. Am 24. September 1891 be-schlossen die Brauer auf ihrem sechsten Verbandstag in Bam-burg die Neuorganisation des im Jahre 1886 gegründeten, auf dem Boden der Antifressenharmonie stehenden Allgemeinen Brauerverbandes. Der Organisation gehörten damals nur die Brauer an; im Jahre 1898 wurden aber auch die Brauer-arbeiter in diese einbezogen. Der Verlauf der Arbeitkampfe



